

Hr. v. Müller (Zwickau.)

(A) Lage des früheren Regierungsvorschlages zu unterhandeln,

(Sehr richtig! rechts.)

die Nationalliberalen blieben auf ihrer Forderung stehen, und die Sozialdemokraten, die alte und grundsätzliche Gegner des Zweikammersystems sind, beantragten selbstverständlich die Beseitigung der Ersten Kammer. Da sich eine Mehrheit weder für den einen noch für den anderen Vorschlag fand, ging die Sache aus wie das Hornberger Schießen, und wir haben heute wiederum das zweifelhafte Vergnügen, zu sehen, daß das Endergebnis der Beratung der Interpellation Hettner dank der vom parlamentarisch-konstitutionellen Standpunkte aus reaktionären Haltung der Nationalliberalen vorläufig kein besseres sein wird.

Ehe ich mich zur Interpellation Hettner und ihrer Begründung, die sich so ziemlich an die Eingabe des Verbandes Sächsischer Industrieller hielt, äußere, will ich vorausschicken, daß die sozialdemokratische Fraktion dieses Hauses nach wie vor auf dem Standpunkte der Abschaffung der Ersten Kammer, je eher je besser, beharrt, weil sie der Auffassung ist, daß dieser Rest feudaler Überlieferungen schon längst nicht mehr in den Rahmen unserer wirtschaftspolitischen und eigentlich konstitutionell sein sollenden Verhältnisse hineinpaßt und ein Hemmschuh jedweder freiheitlichen Entwicklung des Volkes ist. Diese Tatsache hatten, wie bereits wiederholt in diesem Hause betont, im Jahre 1848 — und um diese Tatsache gehen merkwürdigerweise Liberale wie Konservative herum wie die Katze um den heißen Brei — selbst die Mitglieder der damaligen Ersten Kammer, Feudale und Bürgerliche, anerkannt, und kein anderer als der damalige Vizepräsident der Ersten Kammer, Gottschald, war es, der zwar die Verfassungsgesetzesvorlagen der damaligen Regierung als den Todesstoß der Ersten Kammer anerkannte, aber hinzufügte:

„Ich halte diesen Todesstoß, man möchte ihn einen politischen Selbstmord nennen, für eine politische Nothwendigkeit, ich halte ihn für eine Forderung unserer staatlichen Entwicklungsstufe, auf der wir angelangt sind, und fürchte deshalb kein Verdammungsurtheil, weder von der Mitwelt, noch von der Nachwelt. Unsere staatliche Entwicklungsstufe, auf der wir angelangt sind, verlangt ein reines Repräsentativsystem, eine reine Volksvertretung, gesäubert von Ständevorrechten und sonstigen Privilegien. Die öffentliche Meinung, eine Macht, der man vergeblich widerstrebt, hat darüber entschieden, nach ihr ist das Fortbestehen

der ersten Kammer in ihrer dermaligen Zusammensetzung eine reine Unmöglichkeit.“ (C)

Männer wie Gottschald, v. Schönfels, v. Friesen und Stlinger waren es damals schon, welche die Entwicklung Sachsens voraussahen und dieser Entwicklung freien gesetzlichen Spielraum zur Entfaltung der besten Kräfte im Dienste des Landes und Volkes geben wollten, was man von den Vertretern der heutigen bürgerlichen Mehrheitsparteien allerdings nicht sagen kann. Jene Männer waren es, welche das erwachende Interesse des Volkes an dem politischen Werdegang der Dinge mit Freuden begrüßten und mit Nachdruck für die freieste politische Betätigung des Volkes als den Sieg der Wahrheit und Gerechtigkeit eintraten, wie v. Friesen in der damaligen Verhandlung der Ersten Kammer über die neue Verfassung und repräsentative Vertretung des Volkes ausdrücklich bestätigte. Das waren noch Männer, welche die Zeichen ihrer Zeit verstanden.

Und heute? Heute hört man nichts mehr dergleichen, aber desto mehr von der Verkümmern der politischen und wirtschaftlichen Rechte des Volkes. Heute sind es Liberale dieses Hauses, die auf einen morschen Stamm ein welkes Reis pflanzten wollen und bewußt oder unbewußt — im letzteren Falle für das politische Verständnis der Herren um so schlimmer (D) — die politische Stellung der eigentlichen gesetzgebenden Körperschaft, der Zweiten Kammer, und ihren verfassungsmäßigen Charakter als Volksvertretung herabmindern. Im Grunde genommen, meine Herren, ist es ihnen nur darum zu tun, den Charakter der Ersten Kammer als vorwiegend agrarische Interessenvertretung zu beseitigen und sodann mit ihr Halbpart zu machen. Das Interesse des Volkes, der großen Allgemeinheit spielt dabei gar keine Rolle. Im Gegenteil! Man will dem noch mit Nachdruck entgegenarbeiten und sich, wie man in der Eingabe des Verbandes Sächsischer Industrieller ganz ungeniert zugibt, mit den Vertretern des sogenannten gefestigten Grundbesitzes, der auch heute vom Herrn Minister wieder als Stütze der Ersten Kammer in den Vordergrund gerückt wurde, zu einem festen Damme gegen die politische Vertretung des arbeitenden Volkes vereinigen.

Wie weit die rückläufige Auffassung der politischen Verhältnisse bei den bürgerlichen Parteien innerhalb eines halben Jahrhunderts vor sich gegangen ist, wie man aus der intensiven Entwicklung, die speziell unser engeres Vaterland genommen hat, nichts gelernt hat, beweisen ja treffend die Ausführungen, welche der damalige Mehrheitsberichterstatter, Herr